

**Ernährungsausschuß des Reichstags.**

N. Berlin, 5. Mai. (Priv.-Tel.) Im Ernährungsausschuß des Reichstages teilte am Sonnabend Präsident von Batocki mit, welche Fleischration nach dem 15. August zugeteilt werden solle, sei zur Zeit noch nicht bestimmt und müsse noch unbeantwortet bleiben. Dr. Niklas von der Reichsfleischstelle sprach über

**die Schweineschlachtungen**

und über die Klagen, daß Schweine verschwunden seien. Man müsse die große Sterblichkeit der Ferkel und auch der älteren Tiere berücksichtigen, sowie das harte Ferkelabschlachten und die große Schweineausfuhr nach den besetzten Gebieten. Die Einrichtung von Viehfaktoren werde erwogen.

Ein Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei erklärte, die Vermehrung der Schlachtungen komme im denkbar ungünstigsten Augenblick. Man hätte das im Herbst tun sollen. Die Viehhandelsverbände erschwerten die Dinge, weil sie vielfach nicht so arbeiten, wie es wünschenswert wäre. Die Schlachtungen müßten so erfolgen, daß 500 Gramm Fleisch wöchentlich gegeben werden könne. Der von Herrn von Batocki vorgeschlagene Unterausschuß für die Schlachtpolitik nach dem 15. August solle eingesetzt werden. Herr von Batocki habe mit seinem schätzenswerten Freimuth begangene Fehler zugegeben. Man dürfe sie nicht wiederholen, indem man schon im August zur alten Politik zurückkehre. Eine Zunahme von fast 1½ Million Rindern im Jahre 1916/17 bedeute eine ungeheure volkswirtschaftliche Vergewendung. Die Reichsfleischstelle habe nicht die Aufgaben des Rinderbestand auf alle Fälle zu schonen, sondern für möglichst ausreichende Ernährung des Volkes zu sorgen. Da die Einfuhr von Kraftfutter fehle, könne man den Viehstand nicht in alter Weise aufrecht erhalten. Es sei durchaus unhaltbar, das Verschwinden von 5,4 Millionen Schweinen auf Ferkelabschlachtungen und Seuchen zurückzuführen, die im Winter verhältnismäßig schwach auftraten. Die heimlichen Hauschlachtungen haben alles Maß überschritten. Nicht 10, sondern 20 Millionen Schweine seien geschlachtet worden. Verständige Bewirtschaftung hätte die heimlichen Hauschlachtungen ersaft und ermöglicht, daß während des ganzen Winters 500 Gramm Fleisch hätten gegeben werden können.

Präsident von Batocki erklärte, daß die Beschaffung des zur Gewährung der Fleischzulage benötigten Schlachtviehs sich in vielen Bezirken ohne Eingriff in den Milchbestand nicht durchführen lasse. Käsen kommen zur Zeit mehr denn je als Zugvieh in Betracht und würden naturgemäß nur schwer abgegeben, damit die Bodenbestellung gesichert werde. Sachverständige Kontrolleure prüften die Verhältnisse an Ort und Stelle. Vermehrte Kälberschlachtung ergebe wenig Fleisch. Die Schafe müßten für den Wollbedarf, die Ziegen als Milchtiere möglichst erhalten werden. Infolge der zu hohen Ernteschätzung sei die Schweinehaltung zu groß gewesen. Sobald Anfang 1917 dieser Fehler erkannt worden sei, sei scharf mit der Herabsetzung der Schweinezahl vorgegangen worden. Der Präsident machte den Vorschlag, daß eine Kommission des parlamentarischen Ernährungsbeirats sich Ende Mai eingehend im Reiche umsehen und dann nach der Viehzählung vom 1. Juni rechtzeitig an dem neuen Viehaushaltungssplan nach dem 15. August mitwirken solle, damit die Fleischration dann so hoch bemessen werden könne, wie es mit der Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Produktion, vor allem der Düngerversorgung vereinbar sei.

Ein Zentrumsredner wünschte, daß im Herbst die für die Milchgewinnung und Zucht überflüssigen Tiere abgeschlachtet werden sollen. Die Viehhandelsverbände drückten die Preise, um selbst zu verdienen. Ein Konservertverklärte sich mit dem Vorschlag Batockis einverstanden und wünschte scharfe Trennung der Bewirtschaftung von Rindern und Schweinen. Es müßten vernünftigerweise so viel Rinder gehalten werden, als die Weiden und das Raufutter zuließen. Ein Nationalliberaler regte an, daß sich das Kriegs Ernährungsamt mehr von den Kriegswirtschaftsämtern beraten lasse. Es sei nicht richtig, daß der große Viehbestand uns die Schwierigkeiten gebracht habe, und nicht nachgewiesen, daß 2 Millionen Tonnen Getreide widerrechtlich veräußert wurden. Die Unterschleife mit Brot- und Futtermitteln, den Betrieb der Konditoreien usw. lasse man außer Betracht. Die Verfütterung von Gerste und Kartoffeln sei zunächst erlaubt gewesen, auch die Schlachtung der fehlenden 6 Millionen Schweine sei nicht nachgewiesen. Daß nicht mehr Tiere aufgestellt werden, als durchgefüttert werden können, sei ein richtiger Grundsatz. Es dürfe kein Tier mehr abgeschlachtet werden, als nötig sei.

Dr. Niklas von der Reichsfleischstelle stellte fest, daß bei Bekanntwerden der geringen Körner- und der schlechten Kartoffelernte alles getan worden sei, die zur Schlachtung geeigneten Tiere möglichst bald zur Abstoßung zu bringen. Regierungsrat Durchhardt vom preussischen Landesfleischamt wies zahlenmäßig nach, daß der Prozentsatz der Schweine, die nach Abrechnung der durch Seuchen und Schwierigkeiten der Ernährung umzustandenen Schweine noch in heimlichen Schlachtungen verschwunden seien, im Verhältnis zur Gesamtzahl der geschlachteten Schweine außerordentlich gering sei.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Montag vertagt.